



NEWSLETTER 07/2022

# FORUM | MIGRATION



© fokuset – 123ff.com

## Neue Wege aus der Duldung

**Bundesinnenministerin Nancy Faeser will noch vor der Sommerpause mit einem ersten „Migrationspaket“ eine Reihe der von der Ampel angekündigten Reformen ins Kabinett bringen. Neben Verbesserungen bei der Fachkräfteeinwanderung gehört dazu das so genannte „Chancen-Aufenthaltsrecht“, ein mögliches Bleiberecht für gut integrierte langjährige Geduldete. Ähnlich wie bei vergleichbaren Vorstößen in der Vergangenheit könnten aber viele Menschen hiervon ausgeschlossen bleiben.**

Über 200.000 Menschen leben in Deutschland mit einer prekären Duldung, rund 105.000 seit mehr als fünf Jahren. Sie sollen einmalig auf Probe eine einjährige Aufenthaltserlaubnis bekommen. In dieser Zeit müssen sie nachweisen, dass sie etwa die deutsche Sprache beherrschen und ihren Lebensunterhalt sichern könnten. Dann soll ihnen langfristiges Bleiberecht erteilt werden. Straftäter\_innen sollten davon ausgeschlossen bleiben, ebenso Personen die bei den Ausländerbehörden falsche Angaben über ihre Identität gemacht haben. „Wir wollen ein modernes Einwanderungsland sein. Das heißt auch, dass wir endlich Wege bieten aus der unerträglichen

Kettenduldung für diejenigen, die bereits seit über fünf Jahren hier in Deutschland leben“, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD).

Im Koalitionsvertrag allerdings ist von einem Abschluss vom „Chancen-Aufenthaltsrecht“ wegen Täuschung bei Identität oder Staatsangehörigkeit keine Rede. „Es wäre fatal, wenn nun das Bundesinnenministerium nachträglich Voraussetzungen einführt, die erstens die Umsetzung verkomplizieren und zweitens Tür und Tor öffnen für eine besonders restriktive Handhabung durch die Ausländerbehörden“, sagte Wiebke Judith von Pro Asyl. Die NGO Terre des Hommes fordert Faeser deshalb nachdrücklich auf, bei der geplanten Neuordnung des Migrationsrechts auch den Familiennachzug von Geflüchteten zu erleichtern. „Die Kriterien für den Familiennachzug müssen weiter gefasst werden“, sagte die Migrationsexpertin Sophia Eckert dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Geschwisternachzug muss ermöglicht werden“, führte Eckert aus. „Und es kann nicht sein, dass Jugendliche nicht mehr zur engeren Familie gehören sollen, sobald sie 18 sind.“ Damit würden Familien auseinandergerissen.

### INHALT 07/2022

Neue Wege aus der Duldung .....	1
EU macht Druck beim Mobilitätspaket .....	2
Häusliche Pflege: Niemals nonstop .....	2
Pflegekräfte mit Migrations- hintergrund .....	2
News + Termine .....	3
Systemrelevant, aber prekär – Kommentar von Deniz Azad, IG BAU .....	4



## EU macht Druck beim Mobilitätspaket

**22 der 27 EU-Mitgliedsstaaten setzen das Mobilitätspaket zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Speditionsgewerbe nicht ausreichend um und haben deshalb Mahnschreiben von der Kommission bekommen. Die droht mit Klagen.**

Bereits im Februar hatte die EU-Kommission den EU-Mitgliedsstaaten mit Maßnahmen gedroht, falls diese die seit Februar gültigen Regeln nicht befolgen würden. In einem Brief des Leiters der Generaldirektion „Mobilität und Verkehr“ der EU-Kommission, Henrik Hololei, beschwerte sich die Kommission, dass sie aus mehreren Mitgliedsstaaten noch keine Informationen zur Umsetzung der Neuerungen habe. Damit die Be-

stimmungen aber wirken könnten, müssten sie von allen Mitgliedsstaaten befolgt werden.

Die EU hatte bereits 2020 neue Regeln für das Transportgewerbe beschlossen – das so genannte EU-Mobilitätspaket. Es soll vor allem die Arbeitsbedingungen für die Fahrer\_innen verbessern und Lohndumping durch osteuropäische Transportfirmen verhindern. Etwa die Fahrer\_innen dauernd im Führerhaus übernachten zu lassen ist verboten, sie müssen ihre freien Tage nicht mehr dort verbringen, Kosten für Unterkunft müssen vom Arbeitgeber übernommen werden. Die Fahrer\_innen haben ein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat. Seit dem 21. Februar sind die Speditionen deshalb verpflichtet, Fahrten so zu planen,

dass der Wagen alle acht Wochen zum Firmensitz zurückfährt und Fahrer\_innen die Möglichkeit haben, an den Betriebsort zurückzukehren. Bislang war es durchaus üblich, dass LKW nur ein Mal pro Jahr zur Wartung dorthin kamen. Geändert haben sich auch die so genannten Kabotage-Regeln, also Fahrten, die innerhalb eines anderen EU-Landes geleistet werden, etwa wenn ein rumänischer Spediteur eine Ladung von Stuttgart nach Bremerhaven bringt. Nun müssen die Fahrer\_innen nach drei solcher Fahrten eine „Abkühlphase“ von mindestens vier Tagen einlegen, in denen der Laster das Land verlassen muss.

Hintergrundinfos auf den Seiten der Beratungsstellen „Faire Mobilität“: <https://bit.ly/30ni8QV>

## Häusliche Pflege: Niemals nonstop

**Mit dem Versprechen von „24-Stunden-Pflege“ bieten Arbeitsvermittler vor allem Frauen aus Osteuropa als so genannte „Live-Ins“ zur häuslichen Altenpflege an. In der von irregulärer Beschäftigung dominierten Branche sind die Arbeitsbedingungen von überlangen Arbeitszeiten und unvergüteten Bereitschaftsdiensten gekennzeichnet. Einige Vermittlungsagenturen haben freiwillige Maßnahmen der Selbstregulierung eingeführt. Eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung hat untersucht, inwiefern man die Arbeitszeit verkürzen kann.**

Expert\_innen gehen von zwischen 300.000 und 600.000 Pflegekräften in der Live-In-Pflege in Deutschland aus. Damit leisten diese selbst bei niedriger Schätzung ein Viertel der bezahlten Pflegearbeit in Deutschland. Ihr Aufgabenbereich umfasst verschiedene Tätigkeiten in den Bereichen Hauswirtschaft, Pflege und Betreuung. Während die meisten Live-Ins sich in einem Abstand von

zwei bis drei Monaten mit einer anderen Pflegekraft aus dem Heimatland abwechseln, sind andere – abgesehen von Urlaubszeiten – kontinuierlich in einem deutschen Haushalt beschäftigt. Zentrales Problem dabei sind oft exzessive Arbeitszeiten. Untersuchungen zufolge liegen diese im Schnitt bei 69 Stunden pro Woche für Pflegearbeit, Hauswirtschaft und Betreuung. Zudem bestehe in der „24-Stunden-Pflege“ oft „eine Erwartung permanenter Verfügbarkeit“, so die Studie der HBS. Vor allem die gemeinsame Wohnsituation führe zu einer starken Entgrenzung der Arbeitszeit, weshalb die gesetzliche Höchstarbeitszeit deutlich überschritten werde. Zudem fehlten oftmals klare Regelungen zu freier Zeit und Urlaubszeit. Ausgehend von diesen Bedingungen untersuchten die Forscher\_innen nun Vermittlungsagenturen, die eigenständig Maßnahmen dagegen zu ergreifen versucht hatten. Manche führen zur Begrenzung der Arbeitszeit Aufklärungsgespräche mit den Pflegehaushalten oder bemühen sich um korrekte

Bedarfserhebung vor dem Arbeitseinsatz. Teils beziehen sie weitere Akteur\_innen im Rahmen eines „Pfleagemixes“ ein, um die Live-Ins zu entlasten. Zudem bieten sie Ansprechpartner\_innen vor Ort und/oder im Herkunftsland für die Live-Ins an, die im Konfliktfall aktiv werden. Doch die Wirksamkeit dieser Maßnahmen, so die HBS-Forscher\_innen, ist begrenzt. Es „erweist sich als besonders problematisch, dass die Agenturen uneinheitliche und widersprüchliche Verständnisse von Arbeitszeit aufweisen“, schreiben sie. Zwar distanzieren die Agenturen sich vom Begriff der 24-Stunden-Pflege, führen jedoch „teilweise die Erwartung einer kontinuierlichen Anwesenheit selbst fort“. Die Verantwortlichkeit für die Einhaltung der Arbeitszeit werde bei allen Agenturen bei der Live-In verortet, was der europäischen und innerstaatlichen Rechtslage widerspricht.

Böckler-Studie zu Arbeitszeit in der Pflege: <https://bit.ly/3HGf1S8>

## Pflegekräfte mit Migrationshintergrund

**2013 und 2019 nach Nationalität und Migrationserfahrung (in 1.000)**

■ = Deutsche, selbst zugewandert · ■ = Deutsche, in Deutschland geboren · ■ = Ausländer\_innen, selbst zugewandert · ■ = Ausländer\_innen, in Deutschland geboren

Beruf	Jahr	Nationalität und Migrationserfahrung (in 1.000)				Anteil (%)
		Deutsche, selbst zugewandert	Deutsche, in Deutschland geboren	Ausländer_innen, selbst zugewandert	Ausländer_innen, in Deutschland geboren	
Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst, Geburtshilfe	2013	84	30	49	9	16,1 %*
	2019	92	46	102	14	21,2 %*
Altenpflege	2013	75	15	44	8	24,1 %*
	2019	81	27	97	11	30,1 %*


\* Anmerkung: Die Prozentzahl am Ende der Balken entspricht jeweils dem Anteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund an den Erwerbstätigen insgesamt.



# News + Termine

## UN: 100 Millionen Flüchtlinge

Kriege, Konflikte und Krisen haben weltweit mehr als 100 Millionen Menschen gezwungen, den Ort zu verlassen, an dem sie leben. Das waren rund 7 Millionen mehr als ein Jahr zuvor – und etwa doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Das berichtet das UN-Flüchtlingswerk UNHCR. Laut ihrem Mitte Juni veröffentlichten Jahresbericht wurden Ende 2021 mehr als 89 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene gezählt. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine trieb seit Ende Februar etwa zwölf Millionen weitere Menschen in die Flucht. Der UNHCR beziffert die Zahl der Menschen mit akutem Umsiedlungsbedarf auf etwa 1,6 Millionen. 42 Prozent aller Vertriebenen weltweit sind minderjährig. Die weitaus meisten, nämlich 53,2 Millionen, suchen Zuflucht in anderen Teilen des eigenen Landes. Drei Viertel aller ins Ausland Vertriebenen bleiben in einem Nachbarstaat. Arme und Schwellenländer tragen somit auch weiter die Hauptlast dieser Flüchtlingsbewegungen: Sie nehmen weltweit etwa vier von fünf Flüchtlingen auf.

 taz-Interview mit dem UNHCR-Chefstatistiker zu den Flüchtlingszahlen: <https://bit.ly/3ydhEmI>

## Faire Mobilität:

### Neues Dossier zur Logistikbranche

Die Branche Kurier-, Express- und Paketdienste gehört heute zu den weltweit am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereichen. Im Jahr 2020 wurden laut Bundesverband Paket und Expresslogistik in Deutschland vier Milliarden Warensendungen verschickt – durchschnittlich mehr als 13 Millionen am Tag. In diesem Sektor arbeiteten ca. 255.000 Beschäftigte – mit steigender Tendenz. Von den teils hoch ausbeuterischen Arbeitsbedingungen sind Migrant\_innen besonders häufig betroffen. In einem aktuellen Branchendossier hat die DGB Beratungsstelle Faire Mobilität die gesammelten Erkenntnisse zu den Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsmodellen und Beratungsansätzen zusammengestellt und veröffentlicht.

 <https://bit.ly/3OuuRB1>

## Übersicht:

### Psychosoziale Hilfen für Ukrainer\_innen

Viele Geflüchtete aus der Ukraine sind traumatisiert. Sie benötigen psychologische Hilfe. Doch es fehlt an Angeboten, die Kapazitäten dafür sind begrenzt. Anspruch auf kassenärztliche Behandlungen, also auch Psychotherapien, hatten bislang nur Geflüchtete mit einem positiven Asylbescheid. Im Fall der ukrainischen Geflüchteten ist das aber anders: Sie erhalten ab dem 1. Juni Zugang zum regulären Sozialhilfesystem und damit zu Psychotherapien. Der Mediendienst Integration hat eine Übersicht über die bestehenden Hilfsangebote zusammengestellt. Denn die Nachfrage ist groß, sowohl nach psychosozialer Hilfe als auch nach Therapien. Frühere Forschungen zu Kriegsflüchtlings haben ergeben: Mehr als ein Drittel könnten eine Behandlung benötigen, so der Mediendienst. Das wären

aktuell mehr als 200.000 Menschen aus der Ukraine.


 <https://bit.ly/3OytYb3>

### Integrationskurse: Schon 80.000 Teilnahmerechtigungen an Ukrainer\_innen erteilt


Die Ukraine-Flüchtlinge in Deutschland haben großes Interesse an Integrationskursen zur Sprach- und Kulturvermittlung. Innerhalb weniger Wochen seien bereits mehr als 80.000 Teilnahmerechtigungen erteilt worden, teilte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge laut der Zeitung „Die Welt“ mit. Wer sie erhält, muss einen Einstufungstest absolvieren, um das passende Kursangebot zu ermitteln. Bis zum tatsächlichen Kursbeginn vergehen deshalb einige Wochen. Die Zahl der beginnenden Kurse werde deshalb bald stark steigen. Aktuell nehmen 17.000 Ukrain\_innen an einem Integrationskurs teil.

### Neue Info-Videos für Arbeitsmigrant\_innen

Jobvermittlung, Krankenversicherung, Zeugnisse – wer aus dem Ausland nach Deutschland zum Arbeiten kommt, muss viele Dinge beachten. Die Beratungsstelle Faire Integration hat nun zwei neue Videos produziert, um wichtige Informationen verständlich zu erklären. Unter anderem wird die Arbeitsweise der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit erklärt, die unterstützt, wenn es um die Besetzung von Stellen in Deutschland mit Bewerber\_innen aus dem Ausland geht.

 „Neu im Job – Welche Unterlagen sind wichtig?“:

<https://youtu.be/ellF4pAuWoY>

 „Jobvermittlung nach Deutschland – Was muss ich beachten?“:

<https://bit.ly/3xOT1ji>

### NATO: Spanien will irreguläre Migration als „hybride Bedrohung“ einstufen lassen

Spanien hat gefordert, neben „Lebensmittelunsicherheit“ auch unregelmäßige Migration als „hybride Bedrohungen“ in den Strategieplan des Verteidigungsbündnisses aufzunehmen. „Terrorismus, Cyber-Sicherheit, der politische Missbrauch von Energie-Ressourcen und von irregulärer Migration bedrohen unsere Souveränität“, sagte Außenminister Jose Manuel Albares. Spanien war Gastgeber des NATO-Gipfels am 29. und 30. Juni in Madrid. Hintergrund der Forderung sind Sorgen vor einem wachsenden Einfluss Russlands in Ländern des Maghrebs und der Sahel-Zone.

### „Arbeiten im Gastgewerbe“:

#### Neue Infos-Videos und -Flyer der NGG

Im Gastgewerbe wird händeringend Personal gesucht. Das ist auch eine Chance für ukrainische Geflüchtete, in Deutschland Fuß zu fassen. Vorausgesetzt, die Gastonomen bieten faire Bedingungen und Bezahlung. Letztere hat sich zuletzt auch dadurch deutlich verbessert, dass die NGG – nach Jahren der Verweigerung seitens der Arbeitgeber\_innen – bundesweit gute Tarifverträge abschließen konnte. Um Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten, die nicht aus der

EU kommen, vor Ausbeutung zu schützen, bieten die Beratungsstellen des Netzwerks „Faire Integration“ Hilfestellung auch in ukrainischer Sprache. In Kooperation mit der NGG wurde überdies der Flyer „Arbeiten im Gastgewerbe“ erstellt. Er ist auf der Website des Netzwerks in mehreren Sprachen abrufbar. „Wichtig ist jetzt, dass die ukrainischen Bildungsabschlüsse unkompliziert anerkannt werden“, sagte dazu Claudia Tiedge, die stellvertretende NGG-Vorsitzende. Sie fordert einen vereinfachten Zugang zu Sprachkursen. „Die Sprache ist der Schlüssel, um zurechtzukommen.“

 <https://bit.ly/3Oj8Rd5>

### EU: Österreich will Asylprüfung nur in Drittstaaten zulassen

Die schwarz-grüne Regierung von Österreich fordert die Auslagerung von Asylprüfungen in Drittstaaten. Das berichtet die Welt. Demnach schlägt die Regierung in Wien vor, Migrant\_innen während der Prüfung von Asylanträgen außerhalb der EU unterzubringen. „Es wäre eine gute Lösung, künftig Migranten von der EU in Drittstaaten zurückzuschicken und dort ihre Asylanträge prüfen zu lassen“, sagte der österreichische Innenminister Gerhard Karner (ÖVP). „Wer nicht schutzberechtigt ist, muss wieder in sein Herkunftsland zurückkehren“, forderte er. Nach einem positiven Entscheid dürften die Anerkannten hingegen in die EU einreisen. Schon zu Zeiten der rechts-nationalen ÖVP-FPO-Regierung hatte Österreich 2018 versucht durchzusetzen, dass Asylanträge nur noch außerhalb der EU gestellt werden dürfen. Der neue Vorstoß ist offenbar von dem Plan Großbritanniens inspiriert, das Asylsuchende künftig nach Ruanda abschieben will. Ein erster entsprechender Flug war jedoch Mitte Juni von Gerichten unterbunden worden.

### Amerika-Gipfel endet mit Abschlusserklärung zu Migrationspolitik

Zum Abschluss des Amerika-Gipfels Mitte Juni in Los Angeles haben 20 Länder auf Initiative der USA eine gemeinsame Erklärung zur Migration verabschiedet. Darin fordern sie, die „Sicherheit und Würde aller Migranten“ zu schützen. Gleichzeitig sollen Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste enger zusammen arbeiten, um die illegale Migration in Süd-, Mittel- und Nordamerika zu bekämpfen. Biden hatte zwar angekündigt, die brutale Anti-Einwanderungspolitik seines Vorgängers Donald Trump zu stoppen. Die Lage an der US-Südgrenze für Migrant\_innen ist jedoch weiter äußerst schlecht. Auf dem Gipfel sagte Biden: „Wir müssen die gefährlichen und illegalen Migrationswege stoppen.“ Illegale Migration sei „nicht akzeptabel und wir werden unsere Grenzen sichern – auch durch innovative, koordinierte Maßnahmen mit unseren regionalen Partnern“ Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador, beim Thema Einwanderung ein wichtiger Partner der USA, blieb dem Gipfel in Los Angeles fern.



# Systemrelevant, aber prekär



Foto Deniz Azad (2. v. rechts); © Maria Amiol

## Kommentar von Deniz Azad, IG BAU

Saisonarbeitskräfte stellen durch ihre Arbeit die systemrelevante Lebensmittelversorgung sicher. So sind es Saisonarbeiter\_innen aus Rumänien, Polen und anderen osteuropäischen Ländern, die jedes Jahr bei der Ernte von Erdbeeren oder Spargel anpacken und auch im Herbst bei der Gurken- oder Obsternte, nicht mehr wegzudenken sind. Auf den Schultern der migrantischen Beschäftigten, welche Saison für Saison auf den landwirtschaftlichen Flächen bei der Ernte arbeiten, lasten Teile der Lebensmittelversorgung von Volkswirtschaften.

Ihre Arbeit ist ein Wirtschaftsfaktor. Lebensmittelversorgung hat Systemrelevanz. Jedoch gehören Saisonbeschäftigte aus osteuropäischen Staaten, seien es EU-Mitgliedsstaaten oder Drittstaaten, vielfach zu einer besonders prekarierten Gruppe von Arbeiter\_innen. Es fehlen die Sprachkenntnisse und es fehlt oft an Aufklärung zu gesetzlichen Mindeststandards. Saisonarbeitskräfte stehen zu ihren Arbeitgeber\_innen in einem enormen Abhängigkeitsverhältnis, weshalb Missstände oft nicht angesprochen werden – zu groß ist die Angst vor dem Jobverlust.

Hinzukommen strukturelle Nachteile, wie etwa die fehlende Sozialversicherungspflicht für Saisonarbeitskräfte. Die kurzfristige Beschäftigung erlaubt es, unter bestimmten Voraussetzungen, einer sozialversicherungsfreien Lohnarbeit in Deutschland nachzugehen, also ohne Krankenversicherungsschutz, ohne den Aufbau von Rentenanwartschaften, ohne Absicherung bei Arbeitslosigkeit und ohne eine Pflegeversicherung. Lediglich die Unfallversicherung besteht weiterhin über die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau.

Insbesondere das Fehlen einer Krankenversicherung, die den Leistungen einer gesetzlichen Versicherung entspricht, stellt ein großes Problem für die Saisonarbeitskräfte dar. Sobald ein Krankheitsfall auftritt und die/der Beschäftigte in das Krankenhaus muss, dauert es nicht lange bis die privat zu begleichende Rechnung eintrifft. Die Annahme, dass wer einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht, auch eine eigene Krankenversicherung haben muss, stimmt indes nicht mit der Lebensrealität von migrantischen Saisonarbeitskräften überein. Um Sozialversicherungsbeiträge zu sparen, ist die Kurzfristige Beschäftigung nur möglich unter zwei Kriterien: Erstens dürfen maximal 70 Arbeitstage bzw. 3 Monate in einem Kalenderjahr gearbeitet werden, zweitens muss bei einem Einkommen von mehr als 450 Euro im Monat eine „nicht berufsmäßige“ Tätigkeit ausgeübt werden. Das bedeutet, dass beispielsweise für eine rumänische Saisonarbeiterin, die Beschäftigung in Deutschland nicht von übergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung ist und nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes dient.

Der Gedanke dieser Regelung, welche ursprünglich für einen sehr kleinen Personenkreis gedacht war – vor allem Schüler\_innen und Studierende – ist, dass die Betroffenen in ihren Herkunftsländern bereits eine Sozialversicherung haben.

Jedoch werden die Kriterien, insbesondere die Nicht-Berufsmäßigkeitsregel, lediglich durch einen selbstauszufüllenden Fragebogen kontrolliert. Es bleibt bei dieser Beschäftigungsform die dringende Frage: Warum sollten Menschen Jahr für Jahr für eine Saison nach Deutschland kommen und härtester körperlicher Arbeit nachgehen, wenn nicht aus einem übergeordneten wirtschaftlichen Interesse heraus oder zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes?

Die Regierungskoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist seit nunmehr über sechs Monaten

im Amt. Der Koalitionsvertrag für die Zeit bis 2025 zwischen den Koalitionär\_innen versteht sich als Weichenstellung. Die Bundesregierung gibt sich darin auch folgendes Ziel: „Für Saisonbeschäftigte sorgen wir für den vollen Krankenversicherungsschutz ab dem ersten Tag.“ Leider ist davon auf den deutschen landwirtschaftlichen Flächen bei den migrantischen Saisonarbeitskräften bisher nichts zu sehen.

Ein voller Krankenversicherungsschutz ab dem ersten Tag der Beschäftigung, der mindestens dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht, wäre ein guter erster Schritt, um dem strukturellen Nachteil von Saisonarbeitskräften zu begegnen. Die Bundesregierung bleibt hier deutlich hinter ihren eigenen Ansprüchen für Saisonbeschäftigte zurück, was außerordentlich kritisch zu sehen ist.

Aber auch mit einer vollen Krankenversicherung ab dem ersten Tag der Beschäftigung, gäbe es weitere Weichenstellungen, wie etwa die Möglichkeit des Ansparens von Rentenanwartschaften. Menschen, die seit Jahrzehnten jedes Jahr in Deutschland auf Spargelfeldern arbeiten, sollten für diese Zeit eine Rente aus Deutschland erhalten können. Die Arbeit von migrantischen Saisonarbeitskräften ist ein wesentlicher Beitrag für die Lebensmittelversorgung aller. Sie verdienen einen Krankenversicherungsschutz, der den Namen verdient, sie verdienen eine Pflegeversicherung und sie verdienen auch die Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Michaela Dälken  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Franz-Rennefeld-Weg 5  
40472 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 99  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de